



„Den Anschluss nicht verlieren“

SANDRA PARTHIE SIEHT AN HOCHSCHULEN EUROPAAWEIT GROSSEN WEITERBILDUNGSBEDARF ETWA BEI DEN DIGITALEN KOMPETENZEN

Sandra Parthie, Sie leiten das Brüsseler Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Präsenz in Brüssel ermöglicht Ihnen, die Studienergebnisse des Instituts in den EU-politischen Prozess einzuspeisen. Welche Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Der Hauptfokus liegt auf Finanzen, Handel, Energie und Umwelt, aber wir sind auch sehr aktiv beim Thema Aus- und Weiterbildung. In der EU ist unstrittig, dass die Fähigkeiten junger Menschen entscheidend sind für die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Deswegen wurde ja auch die Alliance for Apprenticeship gebildet. Die duale Ausbildung in Deutschland gilt in Europa als Best Practice.

Und die Hochschulbildung?

Weiterbildung an Hochschulen ist ein ganz wichtiges Thema, da auch Akademiker mehr denn je aufpassen müssen, dass sie den Anschluss nicht verlieren bei den Digital Skills, Sprachen oder in den Kommunikationstechnologien. Im Auftrag der europäischen Sozialpartnerorganisationen haben wir 12 Länder verglichen. Das Ergebnis: Funktionierende Sozialpartnerschaften leisten einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung von Weiterbildungsinhalten. Die Erfolge sind dann am größten, wenn die vermittelten Fähigkeiten dem tatsächlichen Bedarf

entsprechen. Auch die Bereitschaft, Ressourcen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern für lebenslanges Lernen zu mobilisieren ist besser, und die erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen werden eher anerkannt.

Was wollen Sie in Brüssel erreichen?

Wir wollen, dass unsere Kompetenzen wahrgenommen und genutzt werden. Dazu präsentieren wir unsere Studien der Kommission, dem Parlament, aber auch Multiplikatoren und Stakeholdern. Die EU-Kommission hat beispielsweise unsere 12-Länderstudie unterstützt. Die Ergebnisse werden wohl in die aktuell von der Kommission entwickelten Blaupausen darüber einfließen, welche Fähigkeiten für Arbeitgeber wünschenswert wären, um daraus Mindeststandards für den Arbeitsmarkt abzuleiten. Wir erreichen mit unseren Studienergebnissen auch die Verantwortlichen in den anderen EU-Ländern. Außerdem fungiert das Brüsseler IW Büro als eine Art Frühwarnsystem bei Themen, die zwar schon auf europäischer Ebene diskutiert werden, aber noch nicht in der nationalen Diskussion angekommen sind. Dadurch kann das IW früher als andere mit seinen Analysen auf wirtschaftspolitische Entwicklungen reagieren.

INTERVIEW: DR. ANGELA LINDNER

INNOVATIONEN FÜR EUROPA

Zwei Milliarden Euro steckt die EU-Kommission 2019/2020 in den Europäischen Innovationsrat (EIC). Nehme dieser ab 2021 seine Tätigkeit in vollem Umfang auf, sollen bis 2027 weitere zehn Milliarden Euro in den EIC fließen, schlug die EU-Kommission Ende März vor. „Wir schaffen ein umfassendes Innovationssystem, damit Europa bei strategischen Technologien wie künstliche Intelligenz, Biotechnologie und emissionsfreier Energie eine Vorreiterrolle einnimmt“, sagte EU-Forschungskommissar Carlos Moedas. Damit sollen fortgeschrittene Technologien, Start-ups sowie Unternehmen gefördert werden.

ADVANCED GRANTS DES ERC

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat im Jahr 2018 32 der 222 Advanced Grants an Wissenschaftler deutscher Einrichtungen vergeben. Mit 47 gingen die meisten Advanced Grants, die eine maximale Förderung von 3,5 Millionen Euro bedeuten, nach Großbritannien. Danach folgen Frankreich (31), Niederlande (23) und die Schweiz (18). Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 2052 Förderanträge eingereicht, 10,8 Prozent wurden angenommen – 1,2 Prozentpunkte weniger als 2017. Der Anteil geförderter Wissenschaftlerinnen lag bei rund 20 Prozent.

HOCHSCHULFINANZIERUNG

Der Hochschulverbund European University Association (EUA) hat Ende März seinen aktuellen Bericht zur Finanzierung der 33 Hochschulsysteme in Europa veröffentlicht. Demnach wächst die Kluft zwischen jenen Staaten, die ihre Ausgaben für Hochschulen zwischen 2008 und 2017 erhöhen konnten, und denen, die Hochschulinvestitionen reduzieren, immer weiter. So lagen in 17 Hochschulsystemen die staatlichen Investitionen in die Hochschulen im Jahr 2017 unter denen für das Jahr 2008. bit.ly/2UgKWDe